

# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	11
<b>Erster Teil: Einleitung</b>	25
§ 1 Bedeutung der Geschäftsführerhaftung und ihrer Beschränkung	25
§ 2 Gegenstand und Ziel der Untersuchung	29
§ 3 Gang der Untersuchung	33
<b>Zweiter Teil: Grundlagen der Geschäftsführerhaftung und ihrer Beschränkung durch die Gesellschafter</b>	37
§ 4 Geschäftsführerhaftung nach § 43 GmbHG	37
A. Rechtsgeschichtliche Entwicklung	37
I. Heutiger § 43 GmbHG als Ergebnis der aktienrechtlichen Diskussion im späten 19. Jahrhundert	37
II. Entwicklung der Vorstandshaftung in der Aktiengesellschaft bis zum Jahr 1892	38
III. Auseinanderentwicklung von GmbH-Recht und Aktienrecht	40
B. Durch die Geschäftsführerhaftung geschützte Interessen	45
I. Gesellschafter-, Gläubiger- und Allgemeininteressen	45
II. Kein gesellschafterautonomes Gesellschaftsinteresse	47
III. Kein die Verfolgung des Gesellschaftsinteresses einschränkendes Unternehmensinteresse	59
IV. Zusammenfassung	63
C. Rechtliche Stellung des Geschäftsführers nach der Organisationsverfassung der GmbH	64
I. Geschäftsführer als Vertretungs- und Geschäftsführungsorgan	64
II. Primat der Gesellschafter	65

III. Kein zwingender Kernbereich an Geschäftsführungskompetenzen des Geschäftsführers	67
D. Das Haftungssystem	69
I. Einführung	69
II. Haftung gegenüber der Gesellschaft	70
III. Haftung gegenüber den Gesellschaftern	103
IV. Haftung gegenüber Dritten	104
§ 5 Haftungsausschlüsse und Haftungsbeschränkungen	111
A. Einführung	111
B. Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	113
I. Dogmatische Grundlage der haftungsbefreienden Wirkung von Weisungsbeschlüssen	113
II. Enthaftende Wirkung von Billigungsbeschlüssen	115
III. Inhaltliche Anforderungen und Residualpflichten des Geschäftsführers	116
IV. Auswirkungen von Beschlussmängeln	120
C. Abstrakte Haftungsbeschränkungen	125
I. Grundlagen	125
II. Erscheinungsformen	126
<b>Dritter Teil: Grenzen und Anforderungen hinsichtlich Gesellschafterdispositionen über Ansprüche nach § 43 GmbHG</b>	129
§ 6 Gläubigerinteressen	129
A. Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	129
I. Implikationen des Beschlussmängelrechts	130
II. Unwirksamkeit nach § 43 Abs. 3 Satz 3 GmbHG	151
III. Enthaftung in Sonderkonstellationen	182
IV. Kritik rechtsfortbildender Alternativkonzepte	192
V. Keine qualifizierten Mehrheitserfordernisse im Gläubigerinteresse	212
VI. Zusammenfassung	213

B. Abstrakte Haftungsbeschränkungen	215
I. Inhaltliche Schranken im Hinblick auf die Haftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG	216
II. Inhaltliche Schranken im Hinblick auf die Haftung nach § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	233
III. Formale Anforderungen an abstrakte Haftungsbeschränkungen	235
IV. Rechtsfolgen überschießender abstrakter Haftungsbeschränkungen	237
V. Zusammenfassung	240
§ 7 Gesellschafterinteressen	243
A. Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	244
I. Im Allgemeinen bestehende Anforderungen an einen Weisungs- oder Billigungsbeschluss	246
II. Gesteigerte formelle Anforderungen in Sonderfällen	252
III. Implikationen des Gesellschaftszwecks und des Gleichbehandlungsgrundsatzes	267
IV. Auswirkungen starrer Stimmrechtsschranken	316
V. Zusammenfassung	326
B. Abstrakte Haftungsbeschränkungen	328
I. Grundlagen	330
II. Schutz der Gesellschafter vor sich selbst	342
III. Schutz der Gesellschafterminderheit	351
IV. Inhaltskontrolle in Sonderfällen	358
V. Zusammenfassung	361
§ 8 Interessen der Allgemeinheit und sonstiger Interessenträger	363
A. Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	363
I. Keine Einschränkungen durch eine Legalitätspflicht	364
II. Abweichungen von Vorgaben der Satzung	371
III. Haftungsbefreiung trotz unterlassener Dokumentation nach § 48 Abs. 3 GmbHG	392
IV. Zusammenfassung	394

B. Abstrakte Haftungsbeschränkungen	394
I. Notwendigkeit einer publizierten Satzungsregelung	395
II. Sonstige Grenzen der Haftungsbeschränkung	401
III. Zusammenfassung	407
<b>Vierter Teil: Wesentliche Untersuchungsergebnisse und Gesamtresümee</b>	409
§ 9 Grundlagen der Geschäftsführerhaftung	409
§ 10 Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	413
A. Grundsätzliche Anforderungen an die enthaftende Wirkung	413
B. Gesetzswidrige Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	414
C. Für die Gesellschaft nachteilige Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	416
D. Sonstige von Vorgaben der Satzung abweichende Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	418
E. Ungleichbehandlung von Gesellschaftern	419
F. Konzepte zur rechtsfortbildenden Einschränkung der Dispositionsfreiheit der Gesellschafter	419
§ 11 Abstrakte Haftungsbeschränkungen	421
A. Allgemeine Geschäftsführerhaftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG	421
B. Besonderer Haftungstatbestand des § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	422
§ 12 Gesamtresümee	425
Literaturverzeichnis	429

# Inhaltsverzeichnis

<b>Erster Teil: Einleitung</b>	25
§ 1 Bedeutung der Geschäftsführerhaftung und ihrer Beschränkung	25
§ 2 Gegenstand und Ziel der Untersuchung	29
§ 3 Gang der Untersuchung	33
<b>Zweiter Teil: Grundlagen der Geschäftsführerhaftung und ihrer Beschränkung durch die Gesellschafter</b>	37
§ 4 Geschäftsführerhaftung nach § 43 GmbHG	37
A. Rechtsgeschichtliche Entwicklung	37
I. Heutiger § 43 GmbHG als Ergebnis der aktienrechtlichen Diskussion im späten 19. Jahrhundert	37
II. Entwicklung der Vorstandshaftung in der Aktiengesellschaft bis zum Jahr 1892	38
III. Auseinanderentwicklung von GmbH-Recht und Aktienrecht	40
1. Entwicklung der aktienrechtlichen Vorstandshaftung nach dem Jahr 1884	40
2. Gescheiterte Reformversuche hinsichtlich § 43 GmbHG	42
B. Durch die Geschäftsführerhaftung geschützte Interessen	45
I. Gesellschafter-, Gläubiger- und Allgemeininteressen	45
II. Kein gesellschafterautonomes Gesellschaftsinteresse	47
1. Gesellschaftsinteresse als durch den Gesellschaftszweck aggregierte Gesellschafterinteressen	47
2. Kein vom Gesellschafterinteresse entkoppeltes Eigeninteresse der Gesellschaft	50
a) Kein verabsolutiertes Eigeninteresse der Gesellschaft	50

b) Kein rudimentäres Bestandsinteresse der Gesellschaft	52
(1) Meinungsstand	52
(2) Stellungnahme	54
III. Kein die Verfolgung des Gesellschaftsinteresses einschränkendes Unternehmensinteresse	59
IV. Zusammenfassung	63
C. Rechtliche Stellung des Geschäftsführers nach der Organisationsverfassung der GmbH	64
I. Geschäftsführer als Vertretungs- und Geschäftsführungsorgan	64
II. Primat der Gesellschafter	65
III. Kein zwingender Kernbereich an Geschäftsführungskompetenzen des Geschäftsführers	67
D. Das Haftungssystem	69
I. Einführung	69
II. Haftung gegenüber der Gesellschaft	70
1. Generalklausel des § 43 Abs. 2 GmbHG	71
a) Umstrittener Regelungszweck des § 43 Abs. 2 GmbHG	73
b) Pflichtenprogramm des Geschäftsführers	74
c) Untergeordnete Bedeutung des Verschuldenserfordernisses	81
d) Ersatzfähiger Schaden	81
2. Der Sondertatbestand des § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	82
a) Grundlagen	82
b) Funktion und Rechtsfolge des § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	84
(1) Meinungsstand	84
(a) § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG als modifizierter Schadensersatzanspruch	84
(i) Uneinigkeit hinsichtlich der über den Zahlungsbetrag hinausgehenden Schäden	85
(ii) Diffuse Position der höchstrichterlichen Rechtsprechung	87

(b) § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG als verschuldensabhängiger Erstattungsanspruch eigener Art	88
(2) Stellungnahme	89
(a) § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG im GmbH- rechtlichen Gläubigerschutzsystem	91
(i) Aufteilung von Risiken für den Bestand des Gesellschaftsvermögens	91
(ii) Fehlende Eignung des § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG zur sachgerechten Aufteilung der Risiken sorgfaltswidrigen und opportunistischen Verhaltens	93
(iii) Ambivalente Schadensbestimmung	95
(iv) Erstattungsanspruch als historischer Ausgangspunkt des § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	95
(b) Zutreffende Einordnung als Erstattungsanspruch eigener Art	97
(3) Fazit	99
3. Weitere Rechtsgrundlagen der Innenhaftung und ihr Verhältnis zu § 43 GmbHG	99
a) Haftung aus dem Anstellungsverhältnis	100
b) Deliktsrechtliche Haftung	100
c) Besondere Innenhaftungstatbestände im Drittinteresse	102
III. Haftung gegenüber den Gesellschaftern	103
IV. Haftung gegenüber Dritten	104
1. Deliktsrecht	104
2. Sonderverbindung	108
3. Zusammenfassung	110
§ 5 Haftungsausschlüsse und Haftungsbeschränkungen	111
A. Einführung	111
B. Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	113
I. Dogmatische Grundlage der haftungsbefreienden Wirkung von Weisungsbeschlüssen	113

II. Enthaftende Wirkung von Billigungsbeschlüssen	115
III. Inhaltliche Anforderungen und Residualpflichten des Geschäftsführers	116
IV. Auswirkungen von Beschlussmängeln	120
1. Grundzüge des Beschlussmängelrechts	121
2. Implikationen auf Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	123
C. Abstrakte Haftungsbeschränkungen	125
I. Grundlagen	125
II. Erscheinungsformen	126
<b>Dritter Teil: Grenzen und Anforderungen hinsichtlich     Gesellschafterdispositionen über Ansprüche nach     § 43 GmbHG</b>	129
§ 6 Gläubigerinteressen	129
A. Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	129
I. Implikationen des Beschlussmängelrechts	130
1. Keine Einschränkungen analog § 241 Nr. 3 Var. 2 AktG	130
a) Meinungsstand zum Verhältnis zwischen § 241 Nr. 3 Var. 2 AktG und § 43 Abs. 3 Satz 3 GmbHG	131
b) Stellungnahme	133
(1) Vorrang der differenzierten Wertung des § 43 Abs. 3 Satz 3 GmbHG	134
(a) Wertungswidersprüchlichkeit der abweichenden Auffassung	134
(b) Abweichende Auffassung belässt § 43 Abs. 3 Satz 3 GmbHG keinen praktisch relevanten Anwendungsbereich	136
(c) Systematischer Vergleich mit dem Aktienrecht	137
(d) Übereinstimmung der hier vertretenen Auffassung mit dem Regelungsziel des Gesetzgebers	138



(2) Sachgerechte Lösung durch Unterscheidung verschiedener Beschlussinhalte	140
(a) Rückgriff auf § 242 BGB nicht ausreichend	141
(b) Differenzierung nach verschiedenen Beschlussinhalten	142
(c) Beispielsfälle	146
c) Fazit	147
2. Einschränkung analog § 241 Nr. 4 AktG nur im Ausnahmefall	149
3. Keine Anwendung von §§ 134 und 138 BGB	149
4. Zusammenfassung	150
II. Unwirksamkeit nach § 43 Abs. 3 Satz 3 GmbHG	151
1. Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Enthaltungssperre des § 43 Abs. 3 Satz 3 GmbHG	152
a) Vorherrschendes Verständnis	152
(1) Tatbestandliche Anknüpfung an eine prekäre Vermögenslage	152
(2) Uneinigkeit hinsichtlich des maßgeblichen Beurteilungszeitpunkts	153
(3) Folgen der Erforderlichkeit zur Gläubigerbefriedigung und deren späteren Wegfalls	155
b) Stellungnahme und eigener Ansatz	157
(1) Kritik am vorherrschenden Verständnis	157
(a) Ungerechtfertigte Privilegierung der Gesellschafter zulasten der Geschäftsführer	158
(b) Unzureichender Gläubigerschutz	159
(c) Zweifel am Beginn der Verjährungsfrist des § 43 Abs. 4 GmbHG vor Eintritt der auflösenden Bedingung	161
(2) Anknüpfung der Unwirksamkeit an den Durchsetzungsmodus	162
(a) Übereinstimmung mit dem Normzweck	163
(i) Effektiver Gläubigerschutz	163

(ii) Schutz des Geschäftsführers, soweit keine Gläubigerinteressen betroffen sind	164
(iii) Keine ungerechtfertigte Belastung der Gesellschafter	165
(b) Übereinstimmung mit dem Regelungsplan des historischen Gesetzgebers	166
(c) Vereinbarkeit mit dem Wortlaut	168
c) Fazit	168
2. Anwendungsbereich	168
a) Meinungsstand zur rechtsfortbildenden Erweiterung des Anwendungsbereichs	169
b) Stellungnahme	171
(1) Keine Vermeidung von Regelungslücken durch § 241 Nr. 3 AktG	171
(2) Keine Anknüpfung der Dispositionsschranke an bestimmte Pflichtverletzungen	172
(3) Auf § 43 Abs. 3 GmbHHG gestützte Gesamtanalogie bei Verstößen gegen § 43a GmbHHG	174
(4) Rechtsfortbildende Ergänzung des § 43 Abs. 3 GmbHHG durch Existenzvernichtungshaftung	175
(a) Verbleibende Schutzlücken aufgrund der positivrechtlichen Ausgangslage	176
(b) Inhalt des Existenzvernichtungsverbots	177
(c) Rechtsgrundlage der Existenzvernichtungshaftung des Geschäftsführers	178
c) Fazit	181
3. Zusammenfassung	181
III. Enthftung in Sonderkonstellationen	182
1. Keine Einschränkung bei Abweichung von Vorgaben des statutarischen Unternehmensgegenstands	182
a) Problemaufriss	182
b) Vorgriff auf die Auflösung des Konflikts zwischen §§ 53, 54 GmbHHG und § 243 Abs. 1 AktG	183

c) Besondere Problematik bei Abweichungen vom Unternehmensgegenstand	185
(1) Grundlagen	185
(2) Meinungsstand	185
(3) Stellungnahme	187
d) Fazit	189
2. Keine Einschränkungen durch § 30 GmbHG bei Gesellschafter-Geschäftsführern	189
IV. Kritik rechtsfortbildender Alternativkonzepte	192
1. Keine generelle Suspendierung der haftungsbefreienden Wirkung von Gesellschafterbeschlüssen in Insolvenznähe oder bei materieller Insolvenz	193
a) Kein Anknüpfungspunkt für einen Pflichtenumschwung nach nationalem Recht	194
(1) Ökonomische Analyse ersetzt keine juristische Argumentation	195
(2) Keine belastbaren gesetzlichen Anknüpfungspunkte für einen Pflichtenumschwung	196
(3) Abkehr vom Pflichtenumschwung im Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zum StARUG	200
b) Kein Defizit bei der Umsetzung der Restrukturierungsrichtlinie	203
c) Fazit	206
2. Keine Einschränkungen analog § 93 Abs. 5 Satz 2 und Satz 3 AktG	206
a) (Modifizierte) Lehre von der Sorgfaltshaftung	207
b) Stellungnahme	208
3. Zusammenfassung	212
V. Keine qualifizierten Mehrheitserfordernisse im Gläubigerinteresse	212
VI. Zusammenfassung	213
B. Abstrakte Haftungsbeschränkungen	215
I. Inhaltliche Schranken im Hinblick auf die Haftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG	216
1. Meinungsstand	216
a) Literatur	216

b) Rechtsprechung	220
2. Stellungnahme	221
a) Keine generelle Dispositionssperre	221
(1) Gläubigerschutz nur reflexiver Art	221
(2) Wortlaut und Systematik	222
(3) Untergeordnete Bedeutung der historischen Gesetzesbegründung	224
(4) Zweckförderungspflicht dient nicht dem Gläubigerschutz	226
(5) Unergiebigkeit der Diskussion über die Eigenschaft der allgemeinen Geschäftsführerhaftung als Strukturmerkmal	227
b) Systemwidrigkeit pflichtenbezogener Ansätze	228
c) Abdingbarkeit auch bei Erforderlichkeit zur Gläubigerbefriedigung	230
d) Zwingende Haftung für grob fahrlässiges Verhalten nicht geboten	230
e) Keine Beschränkung auf moderate summenmäßige Haftungsbeschränkungen und Verjährungsverkürzungen	232
f) Nichtigkeit bei Sittenwidrigkeit	232
3. Zusammenfassung	233
II. Inhaltliche Schranken im Hinblick auf die Haftung nach § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	233
III. Formale Anforderungen an abstrakte Haftungsbeschränkungen	235
1. Kein Satzungsvorbehalt im Gläubigerinteresse	235
2. Keine qualifizierten Beschlussanforderungen	237
IV. Rechtsfolgen überschießender abstrakter Haftungsbeschränkungen	237
V. Zusammenfassung	240
§ 7 Gesellschafterinteressen	243
A. Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	244
I. Im Allgemeinen bestehende Anforderungen an einen Weisungs- oder Billigungsbeschluss	246
1. Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung	246

2. Notwendigkeit der Einhaltung der Beschlussform	247
a) Mehrgliedrige Gesellschaften	247
b) Einpersonengesellschaften	250
3. Grundsätzliche Mehrheitsanforderungen	252
II. Gesteigerte formelle Anforderungen in Sonderfällen	252
1. Abweichungen von Vorgaben der Satzung	253
a) Anforderungen an eine Einzelfallsatzungsänderung	254
(1) Eintragungs- und Beurkundungserfordernis dienen nicht dem Schutz der aktuellen Gesellschafter	254
(2) Einhaltung der qualifizierten Mehrheitsanforderungen erforderlich	256
(3) Ausreichende Ankündigung und Einberufung erforderlich	257
b) Wirksamkeit des Maßnahmebeschlusses	258
c) Fazit	259
2. Gesamtvermögensgeschäfte und Holzmüller-Fälle	260
a) Keine qualifizierten Mehrheitserfordernisse in Holzmüller-Fällen	260
b) Keine analoge Anwendbarkeit des § 179a Abs. 1 AktG auf die GmbH	262
3. Ungleichbehandlung von Gesellschaftern	264
4. Verstöße gegen § 30 GmbHG	265
5. Zusammenfassung	266
III. Implikationen des Gesellschaftszwecks und des Gleichbehandlungsgrundsatzes	267
1. Einführung	267
2. Das verbandszweckinduzierte Schädigungsverbot	270
a) Überblick	270
b) Meinungsstand zum Inhalt des verbandszweckinduzierten Schädigungsverbots	272
(1) Strenge Bindung an den Sorgfaltsstandard eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters	272
(2) Einschränkende Auffassungen	275
(a) Subjektive Ansätze	275
(b) Objektive Ansätze	276

(3) Uneindeutige Linie des BGH	277
(a) ITT-Entscheidung	277
(b) Media-Saturn-Entscheidung	278
c) Stellungnahme	280
(1) Kritik an der Übertragung des Pflichtenstandards nach § 43 Abs. 1 GmbHG oder §§ 311, 317 AktG	280
(a) Generelle Einwände	281
(b) Spezielle Einwände hinsichtlich der Einflussnahme durch Ausübung des Stimmrechts	290
(2) Fehlende Operationalität einer rein objektiven Betrachtungsweise	296
(3) Beschränkung auf opportunistische Eingriffe	299
(4) Unerheblichkeit etwaiger Interessen der Gesellschaftermehrheit an einer zweckwidrigen Stimmabgabe und Ablehnung einer Erheblichkeitsschwelle	306
3. Ausreichender Minderheitenschutz	307
a) Kaum Schutzlücken durch das hiesige Verständnis des verbandszweckinduzierten Schädigungsverbots	308
b) Ergänzender Schutz durch den Gleichbehandlungsgrundsatz	310
4. Zusammenfassung	313
IV. Auswirkungen starrer Stimmrechtsschränken	316
1. Zweck der Stimmverbote des § 47 Abs. 4 GmbHG	317
2. Persönlicher Geltungsbereich der Stimmrechtsausschlüsse	318
3. Keine Anwendung bei der Einperson-GmbH und bei gleichmäßiger Betroffenheit aller Gesellschafter	321
4. Sachlicher Geltungsbereich	322
a) Entlastung und Befreiung von einer Verbindlichkeit	322
b) Rechtsgeschäfte gegenüber einem Gesellschafter	324
5. Zusammenfassung	325
V. Zusammenfassung	326

B. Abstrakte Haftungsbeschränkungen	328
I. Grundlagen	330
1. Zuständigkeit der Gesellschafterversammlung und Beschlussersfordernis	330
2. Kein genereller Satzungsvorbehalt im Gesellschafterinteresse	333
a) Einführung und Meinungsstand	333
b) Stellungnahme	335
3. Ausreichen eines einfachen Mehrheitsbeschlusses	339
4. Kein Stimmrechtsausschluss des Gesellschafter- Geschäftsführers	340
II. Schutz der Gesellschafter vor sich selbst	342
1. Absenkung des Verschuldensmaßstabs	342
a) Unzulässigkeit von Beschränkungen der Vorsatzhaftung	342
b) Zulässigkeit von Beschränkungen der Haftung für grob fahrlässiges Verhalten	344
2. Modifizierung des objektiven Pflichtenprogramms	348
3. Verkürzung der Verjährungsfrist und Vereinbarung von Ausschlussfristen	349
4. Summenmäßige Haftungsbeschränkungen	350
5. Zusammenfassung	351
III. Schutz der Gesellschafterminderheit	351
1. Gesetzliche Satzungsvorbehalte und qualifizierte Mehrheitsanforderungen	352
2. Das verbandszweckinduzierte Schädigungsverbot	353
3. Der gesellschaftsrechtliche Gleichbehandlungsgrundsatz	356
4. Zusammenfassung	357
IV. Inhaltskontrolle in Sonderfällen	358
1. AGB-Recht	358
2. Publikumsgesellschaften	360
V. Zusammenfassung	361
§ 8 Interessen der Allgemeinheit und sonstiger Interessenträger	363
A. Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	363
I. Keine Einschränkungen durch eine Legalitätspflicht	364
1. Problemaufriss	364

2. Legalitätspflicht und Gesellschafterdisposition	365
a) Kein Ausschluss der enthaftenden Wirkung von Gesellschafterbeschlüssen analog § 241 AktG	365
b) Keine qualifizierten Mehrheitsanforderungen	367
3. Zusammenfassung	370
II. Abweichungen von Vorgaben der Satzung	371
1. Rückblick auf die Untersuchungsergebnisse zum Gläubiger- und Gesellschafterschutz	371
2. Einführung	372
a) Überblick über die Problematik satzungsdurchbrechender Beschlüsse	372
b) Skizzierung des Meinungsstands	372
c) Kritik des Meinungsstands	375
3. Anforderungen an eine Einzelfallsatzungsänderung	376
a) Teleologische Reduktion von Eintragungs- und Beurkundungserfordernis	376
b) Reichweite der teleologischen Reduktion	379
c) Kein Satzungsänderungsbewusstsein oder -wille nötig	380
d) Fazit	383
4. Wirksamkeit des Maßnahmebeschlusses	384
a) Meinungsstand	384
b) Stellungnahme	386
(1) Grundsätzlich wirksamer Maßnahmebeschluss bei Einzelfallabweichungen	386
(2) Kein wirksamer Maßnahmebeschluss bei zukunftsgerichteten Satzungsabweichungen	390
c) Fazit	391
5. Zusammenfassung	391
III. Haftungsbefreiung trotz unterlassener Dokumentation nach § 48 Abs. 3 GmbHG	392
IV. Zusammenfassung	394
B. Abstrakte Haftungsbeschränkungen	394
I. Notwendigkeit einer publizierten Satzungsregelung	395
1. Kein genereller Satzungsvorbehalt	395



2. Publizitätserfordernis nach den Grundsätzen der Satzungsdurchbrechung	396
a) Kein Publizitätserfordernis bei vom statutarischen Gesellschaftszweck abweichenden Haftungsbeschränkungen auf schuldrechtlicher Basis	397
b) Modifizierung von statutarischen oder gesetzlichen Geschäftsführerplichten nur durch publizierte Satzungsregelung	399
3. Zusammenfassung	401
II. Sonstige Grenzen der Haftungsbeschränkung	401
1. Kein Bedürfnis nach Funktionsschutz	401
2. Unzulässigkeit von Dispositionen über im Dritt- oder Allgemeininteresse bestehenden Geschäftsführerplichten	403
3. Keine Einschränkungen hinsichtlich Verjährungsverkürzungen und summenmäßigen Haftungsbeschränkungen	405
4. Behandlung von Extremfällen nach § 241 Nr. 4 AktG und § 138 Abs. 1 BGB	406
5. Rechtsfolgen überschießender abstrakter Haftungsbeschränkungen	406
III. Zusammenfassung	407
<b>Vierter Teil: Wesentliche Untersuchungsergebnisse und Gesamtresümee</b>	409
§ 9 Grundlagen der Geschäftsführerhaftung	409
§ 10 Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	413
A. Grundsätzliche Anforderungen an die enthaftende Wirkung	413
B. Gesetzswidrige Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	414
C. Für die Gesellschaft nachteilige Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	416
D. Sonstige von Vorgaben der Satzung abweichende Weisungs- und Billigungsbeschlüsse	418
E. Ungleichbehandlung von Gesellschaftern	419
	23

F. Konzepte zur rechtsfortbildenden Einschränkung der Dispositionsfreiheit der Gesellschafter	419
§ 11 Abstrakte Haftungsbeschränkungen	421
A. Allgemeine Geschäftsführerhaftung nach § 43 Abs. 2 GmbHG	421
B. Besonderer Haftungstatbestand des § 43 Abs. 3 Satz 1 GmbHG	422
§ 12 Gesamtresümee	425
Literaturverzeichnis	429